

Antrag 23/I/2026**UBV HVL****Der/Die Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****zurückgestellt****Integration als gesamtstaatliche Aufgabe bündeln – Zuständigkeiten klären, Verfahren beschleunigen, Teilhabe sichern**

1 Die SPD Brandenburg bekennt sich zu einer Inte-
2 grationspolitik, die sprachliche, berufliche und ge-
3 sellschaftliche Integration als zusammenhängende
4 staatliche Kernaufgabe begreift. Integration ist eine
5 gesamtstaatliche Aufgabe.
6 Der Bund wird aufgefordert, die bundesgesetzli-
7 chen Zuständigkeiten zu reformieren. Dazu gehö-
8 ren, dass:
9 Aufenthaltsrecht, Arbeitsmarktzugang, Integrati-
10 onskurse und Anerkennungsverfahren systematisch
11 aufeinander abgestimmt werden, Doppelstruktu-
12 ren zwischen Bundesbehörden, Ländern und Kom-
13 munen abgebaut werden und bundeseinheitliche
14 Verfahrensstandards eingeführt werden.
15 Der Bund soll die Zuständigkeiten für Integrations-
16 politik insbesondere zwischen:
17 • dem Bundesministerium des Innern,
18 • dem Bundesministerium für Arbeit und Sozia-
19 les,
20 • dem Bundesministerium für Bildung, Familie,
21 Senioren, Frauen und Jugend,
22 in einem Integrationsministerium zusammenfüh-
23 ren.
24 Integrationsleistungen des Bundes – insbesondere
25 Sprach- und Integrationskurse – müssen:
26 • ausreichend finanziert,
27 • flächendeckend verfügbar,
28 • qualitativ gesichert,
29 • schneller zugänglich sein.
30 Der Bund wird aufgefordert, die Anerkennung aus-
31 ländischer Berufsabschlüsse zu beschleunigen und
32 zu entbürokratisieren.
33 Bund und Länder sollen eine verbindliche Finanzie-
34 rungsvereinbarung treffen, die Kommunen dauer-
35 haft und planbar bei Integrationsaufgaben unter-
36 stützt.
37
38 **Begründung**
39 Integration entscheidet über sozialen Zusammen-
40 halt, wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und die Sta-
41 bilität unserer Demokratie. Sie gelingt nur, wenn
42 sprachliche, berufliche und gesellschaftliche Teilha-

bitte an Antragsteller, diese Forderung nicht auf die
aktuelle LegPeriode Bund zu beziehen, sondern auf
die Zukunft
dann Annahme und Konsens

43 be von Beginn an zusammengedacht werden.
44 Derzeit ist Integrationspolitik jedoch strukturell zer-
45 splittet. Aufenthaltsrecht, Integrationskurse, Ar-
46 beitsmarktzugang, Anerkennung ausländischer Ab-
47 schlüsse sowie Bildungs- und Familienleistungen
48 liegen in unterschiedlichen Ressorts und Verwal-
49 tungsebenen. Zwischen Bund, Ländern und Kom-
50 munen bestehen parallele Zuständigkeiten, unter-
51 schiedliche Verfahren und teils widersprüchliche
52 Steuerungslogiken. Das führt zu:

53

- 54 • langen Verfahrensdauern,
- 55 • unklaren Verantwortlichkeiten,
- 56 • unnötigen Doppelstrukturen,
- 57 • Frustration bei Betroffenen, Wirtschaft und
- 58 Kommunen.

59

60 Integration wird dadurch verlangsamt – obwohl ge-
61 rade Zeit ein entscheidender Faktor ist. Wer schnell
62 Deutsch lernt, frühzeitig arbeiten darf und zeit-
63 nah eine Anerkennung des eigenen Abschlusses er-
64 hält, integriert sich nachhaltiger und eigenständi-
65 ger. Verzögerungen hingegen erhöhen Abhängigkei-
66 ten, Kosten und gesellschaftliche Spannungen.

67 Eine sozialdemokratische Antwort darauf ist keine
68 Symbolpolitik, sondern Strukturreform.

69 Der Bund trägt die zentrale gesetzgeberische Ver-
70 antwortung für Aufenthaltsrecht, Integrationskur-
71 se, Arbeitsmarktzugang und Anerkennungsverfah-
72 ren. Deshalb muss er diese Kompetenzen stärker
73 bündeln und kohärent steuern. Die Zusammen-
74 führung der integrationsrelevanten Zuständigkei-
75 ten in einem eigenständigen Integrationsministeri-
76 um würde:

77

- 78 • politische Verantwortung klar zuordnen,
- 79 • Zielkonflikte zwischen Sicherheits-,
- 80 Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik auflö-
81 sen,
- 82 • strategische Steuerung ermöglichen,
- 83 • Integrationspolitik aus der Logik von Einzelzu-
84 ständigkeiten herauslösen.

85

86 Ebenso notwendig sind bundeseinheitliche Verfah-
87 rensstandards, digitale Prozesse und verbindliche
88 Bearbeitungsfristen. Moderne Verwaltungsstruktu-
89 ren sind kein technisches Detail, sondern Vorausset-
90 zung für einen handlungsfähigen Staat.

91 Gleichzeitig dürfen Länder und Kommunen mit den

92 praktischen Integrationsaufgaben nicht allein ge-
93 lassen werden. Sprachförderung, Schulsozialarbeit,
94 Unterbringung und lokale Integrationsarbeit finden
95 vor Ort statt. Sie brauchen dauerhafte, planbare und
96 auskömmliche Finanzierung – keine kurzfristigen
97 Förderkulissen.
98 Integration ist kein Nebenfeld staatlichen Handelns.
99 Sie ist eine Querschnittsaufgabe mit Auswirkungen
100 auf Arbeitsmarkt, Bildung, Sicherheit und sozialen
101 Frieden.
102 Wer Integration beschleunigt, stärkt Fachkräftesi-
103 cherung, gesellschaftliche Stabilität und wirtschaft-
104 liche Leistungsfähigkeit.
105 Wer Zuständigkeiten klärt, stärkt den Staat.
106 Wer Verfahren modernisiert, schafft Akzeptanz.
107 Integration ist eine gesamtstaatliche Verantwor-
108 tung – und sie muss endlich auch so organisiert wer-
109 den.